

# Landtag Aktuell

## 23. Ausgabe

Düsseldorf, 10.06.2011



**Gregor Golland**

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

---

### **Belastungen von Industrie und Bürgern durch Wassersteuer nochmals erhöht!**

Mehrere Male habe ich Ihnen bereits über das Gesetzesverfahren zum sogenannten Wassercent berichtet. Die Steuer sollte durch einen Beschluss von CDU und FDP aus der letzten Periode eigentlich auslaufen. Doch die Minderheitsregierung braucht dringend Geld und so hat sie diese Abgabe für sich entdeckt. Der ursprünglich gefasste Beschluss der rot-grünen Minderheitsregierung wird auf Drängen der Linken nochmal massiv verschärft.

Stromerzeuger sollen nun auch bei der Wasserentnahme ihrer Sumpfungswasser zur Kasse gebeten werden. Um einen Tagebau künftig trocken zu halten, werden enorme Summen nötig sein. Pro Kubikmeter Wasser werden 4,5 Cent verlangt, auch wenn dieses Wasser überhaupt nicht weiter genutzt wird und dem Wasserkreislauf wieder zugeführt wird (bspw. in die Erft und den Rhein).

Die Folgen werden die Menschen zu spüren bekommen: Die Unternehmen müssen die zusätzlichen Kosten auf den Strompreis umlegen. Diese betragen pro Jahr mehr als 20.000.000 Euro. Dafür könnte man in der sogenannten "Innovationsregion Rheinisches Braunkohlenrevier" hunderte neue Arbeitsplätze sichern und schaffen, die Forschung für Energieeffizienz oder CO2 Vermeidung deutlich intensivieren und den Strukturwandel sinnvoll unterstützen. Stattdessen wird dieses Geld (wie immer) im allgemeinen Haushalt des Landes verschwinden.

Faktisch belastet die Ausweitung und Erhöhung der Wassersteuer den Bürger doppelt. Jeder hat dann künftig nicht nur mehr für sein Leitungswasser zu zahlen, sondern würde den Wassercent auch noch in der gestiegenen Stromrechnung wiederfinden.

Im Februar betonte der Wirtschafts- und Energieminister Harry K. Voigtsberger bei der Vorstellung der Eckpunkte des Programms "Innovationsregion Rheinisches Revier" noch: "Wir wollen einen sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltigen Umbau der Wirtschaftsstruktur in der Region. Deshalb gehen wir diesen Prozess mit einem langen Atem und im engen Dialog mit den Akteuren vor Ort an."

Den Strukturwandel belastet er nun auf Wunsch der Linken mit neuen hohen Summen. Dass 12.000 Arbeitsplätze von der Braunkohleindustrie abhängen und wir diese in Zeiten des Atomausstieges nötiger denn je brauchen, scheint der Landesregierung egal zu sein.

Hier finden sie den neuen, aktuellen Gesetzentwurf: <http://kurzlink.de/GGwassercenterhoeht>.

### **Antwort zur Breitbandversorgung in NRW ist nicht sehr hilfreich**

Der Landeswirtschaftsminister hat inzwischen auch meine Anfrage zur Breitbandversorgung beantwortet. Mir ging es bei der Kleinen Anfrage darum, den genauen Status Quo der Breitbandversorgung und die Maßnahmen der Landesregierung dazu, zu erfahren.

Der Zugang zum Internet gehört zur Daseinsfürsorge. Alle Bürgerinnen und Bürger sind inzwischen auf Breitbandversorgung angewiesen. Vom Einkauf bis zum Behördengang werden viele Geschäfte heute online abgewickelt. Gerade im ländlichen Raum stößt der Bedarf aber an ökonomische Grenzen. Es bedarf in diesem Fall dann der öffentlichen Förderung des Glasfaserausbaus.

Leider hat die Landesregierung keine genauen und detaillierten Kenntnisse über die tatsächliche Breitbandversorgungsichte im Land. Der Landesminister antwortet auf meine Fragen zumindest nicht. An den Fragen kann es nicht liegen, da diese sehr klar formuliert sind (siehe <http://kurzlink.de/GGantwBreitbandnrw>).

Es werden viele neue Förderprojekte eröffnet, ohne neues Zahlenmaterial und ein Gesamtübersicht zu haben. Ein Ort bekommt einen schnellen Zugang, der Nachbarort aber nicht, weil er schon jetzt eine etwas bessere Versorgung aufweist. Um sinnvoll zu fördern, sollte man wissen, wie der Ist-Zustand ist. Daher werde ich den Minister in den nächsten Tagen erneut zu diesem Thema fragen.